

„Es geht um die Handlungsfähigkeit des Odenwaldkreises“

Im Haupt- und Finanzausschuss des Kreistags verzichtet auch die ÜWG auf ihr bisheriges Nein zum Haushalt. Als Signal angesichts der Finanznot ist nun eine Resolution im Gespräch.

Odenwaldkreis/Erbach. Die finanzielle Lage von Kreisen und Kommunen ist dramatisch. So dramatisch, dass dieses Thema diese Woche den Weg in die abendliche ZDF-Talkrunde von Moderator Markus Lanz fand – in der auch ein im [Odenwaldkreis](#) gut bekannter Nachbar saß: Achim Brötel nämlich, der als Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises und Präsident des Deutschen Landkreistags die Probleme und Herausforderungen gerade auch ländlicher Flächenkreise nur allzu gut kennt.

In der TV-Sendung war unter anderem die Rede davon, dass kommunalen Haushalten die Genehmigung versagt werden könnte. Diesem Szenario immerhin scheint der Odenwaldkreis zu entgehen: Trotz eines Defizits von 14,78 Millionen Euro dürfte es seitens des Regierungspräsidiums als Aufsichtsbehörde eine „Haushaltsgenehmigung light“ geben, wie Landrat Frank Matiaske im Haupt- und Finanzausschuss des Kreistags formulierte.

Land schafft Sonderbedingungen angesichts der Finanznot

Möglich wird dies dank der besonderen Bedingungen, die Hessens Landesregierung angesichts der überall im Land bestehenden Finanznot einräumt: Pauschale Ausgabenkürzungen um zwei Prozent und die Stundung der Rückzahlungsbeiträge für das Entschuldungsprogramm Hessenkasse sorgen dafür, dass im Odenwaldkreis das noch bei der Einbringung des 240-Millionen-Euro-Etats auf dem Papier stehende Defizit von 18,7 Millionen um fünf Millionen Euro schrumpft.

Jenseits dieser rechnerischen Veränderungen allerdings gibt es inhaltlich keine Anpassungen, erläuterte Alexander Schäfer als Leiter der Finanzabteilung im Landratsamt. Wie auch? – hatte Landrat Matiaske bei der Einbringung des Haushalts doch nachdrücklich auf die seitens Bund und Land aufgezwungenen Aufgaben hingewiesen: „Wir haben keinen einzigen Beschluss gefasst, der nicht aus Berlin oder Wiesbaden vordiktirt gewesen wäre.“

Geändert allerdings hat sich der Umgang mit dem Zahlenwerk: In verschiedenen Ausschusssitzungen hatte die ÜWG, immerhin Mitglied der Regierungskoalition, gegen den Haushalt gestimmt und das auch als Zeichen nach außen verstanden wissen wollen. Jetzt enthielt sich Fraktionsvorsitzender Georg Raab der Stimme, sein Kollege Michael Gänssle, gleichzeitig Ausschussvorsitzender, votierte mit Ja.

Seine Begründung nach den bisherigen Haushaltsberatungen: „Mir fällt kein besserer Ansatz ein“, deswegen stimme er im Sinne der Handlungsfähigkeit des Kreises zu. Das gelte trotz einige Punkte im Etat, „die schwer sind“, sagte Gänssle. Dabei verweist er explizit auf eine Formulierung am Ende des mehr als 470 Seiten starken Zahlenwerks.

Weitere Erhöhung der Kreisumlage denkbar

Dort heißt es: „Weitere Anpassungen des Hebesatzes zur Kreisumlage ab 2026 bleiben aufgrund der aktuell nicht einschätzbaren wirtschaftlichen Weiterentwicklung (...) des Fehlbedarfs des Kreises vorbehalten.“ Mit dem aktuellen Etat war der Hebesatz der Kreis- und Schulumlage um einen Punkt auf 58 Prozent angehoben worden. In der Nachbarschaft haben die Kreise Darmstadt-Dieburg (60) und Groß-Gerau (66,83) die Marke von 60 Prozent bereits erreicht, hatte Schäfer zuvor in einer Übersicht gezeigt.

Dass es im Ausschuss keine Gegenstimmen mehr gegen den Haushalt gab (die CDU enthielt sich) wertete SPD-Fraktionsvorsitzender Raoul Giebenhain als erfreulich und Zeichen für die konstruktiven Gespräche der vergangenen Wochen. Angesichts der „schwierigsten Haushaltslage“, in der sich der Odenwaldkreis je befunden habe, gefalle es ihm, „wie wir gerade zusammenwachsen“, sagte er an die Adresse der Kollegen.

Ihre mehrheitliche Zustimmung zum Etat hatten jüngst bereits die Grünen signalisiert – und den für die Fraktion außergewöhnlichen Schritt ebenfalls mit dem Erhalt der Handlungsfähigkeit des Kreises begründet. „Wir erkennen die Dringlichkeit, den Haushalt zu verabschieden, um die laufenden Aufgaben und Projekte des Kreises nicht zu gefährden“, wird Elisabeth Bühler-Kowarsch in einer Presseerklärung zitiert.

Kreistag befasst sich mit gemeinsamer Resolution

Vieles von der grundsätzlichen Kritik der Grünen bestehe weiter, „aber wir stellen unsere inhaltlichen Forderungen diesmal zurück“, so Fraktionsvorsitzender Dr. Jonas Schönefeld. Mit ihrer Zustimmung hatten die Grünen die Initiative verbunden, im Kreistag eine gemeinsame Resolution zum Haushaltsplan 2025 zu verabschieden – verbunden mit der Einladung an die anderen Fraktionen, daran mitzuwirken.

Die scheint angekommen zu sein. Jedenfalls findet sich auf der Tagesordnung des am Montag, 28. April (15 Uhr) in der Reichelsheimer Reichenberghalle tagenden Kreistags der Punkt „Beratung und Beschlussfassung über Anträge und Resolutionen der Kreistagsfraktionen zum Haushalt“.